

Finanzialisierung, Arbeit, Wohlfahrtsstaat: Verflechtungen aus der Mikroperspektive

Sigrid Betzelt

Sigrid Betzelt: sigrid.betzelt@hwr-berlin.de

Der Zusammenhang von Finanzialisierung und Arbeit(sbedingungen) wurde bislang (wenn überhaupt) entweder makroökonomisch oder wirtschaftssoziologisch auf der Mesoebene untersucht, selten aber auf der Mikroebene von Haushalten und Individuen. Wie sich Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Zuge von Finanzialisierung und der globalen Finanzkrise in der individuellen Wahrnehmung verändert haben und zu welchen – institutionell, v. a. sozialstaatlich vermittelten – Bewältigungsstrategien Individuen auf den Finanzmärkten greifen, ist aber gerade im internationalen Vergleich hochinteressant. Der Forschungsstand zu Finanzialisierung auf der Mikroebene bietet verschiedene Thesen an, so die Einkommensersatzfunktion von privaten Schulden, die Disziplinierungswirkung von Verschuldung auf Arbeitnehmer_innen, sowie die kulturelle Durchdringung von Lebensweisen durch Finanzialisierung. Die komparative Perspektive auf diese möglichen Zusammenhänge erlaubt es, den institutionellen Kontext von sozialstaatlicher Sicherung (und dem Vertrauen in diese) einzubeziehen und damit zu weiteren Erkenntnissen über die Rolle von Finanzialisierung bei der Absicherung sozialer Risiken zu gewinnen.

Der Beitrag stellt die angeschnittenen Zusammenhänge zunächst theoretisch vor und präsentiert anschließend die zentralen empirischen Ergebnisse einer europäischen Studie auf Basis repräsentativer Befragungsdaten, mit teils überraschenden Ergebnissen vor allem zu Deutschland. Die Ergebnisse legen nahe, dass die sozioökonomischen Folgen der globalen Finanzkrise sowie wohlfahrtsstaatlichen Wandels eng zusammenhängen und sich in entsprechend „finanzialisierten“ individuellen Handlungsstrategien niederschlagen.

Finanzialisierung der Staaten und die finanzielle Verletzlichkeit der Leute

PD Dr. Jenny Preunkert

Jenny Preunkert: jenny.preunkert@uni-oldenburg.de

Die globale Finanzmarktkrise und später die sogenannte Eurokrise haben die Verletzlichkeit und letzten Endes die Abhängigkeit der europäischen Staaten vom Finanzsektor deutlich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Wissenschaft gebracht. In der Eurozone gelten vor allem das Konsum- und damit auch das kreditbasierte Wirtschaftswachstum in der (südeuropäischen) Peripherie als Ursache für die anhaltenden makroökonomischen Spannungen und Spaltungen. Gleichzeitig ist auch bekannt, dass nachdem sich über Jahre die Lebensverhältnisse zwischen den EU-Mitgliedern angenähert hatten, zu dem Preis, dass die soziale Ungleichheit in den Staaten zunahm, nun eine wachsende soziale Divergenz inner- und zwischenstaatlich konstatiert werden muss, was auch als doppelte Dualisierung bezeichnet wird. Allerdings konzentriert sich die vergleichende soziale Ungleichheitsforschung bislang vor allem auf die Einkommensverteilung, Fragen der sozialen Deprivation, Dimensionen der subjektiven sozialen Ungleichheit und die Chancen auf den Arbeitsmarkt.

Wenig bekannt ist dagegen, wie es um die Verschuldung der europäischen Bevölkerung bestellt ist. Dabei hat das Ausmaß und der Umfang von privaten Schulden weitreichende Folgen für die sozialen Ungleichheitsmuster, von den Chancen der Betroffenen an einer gesellschaftlichen Teilhabe ganz zu schweigen. In dem hier vorgeschlagenen Beitrag soll in einer explorativen Studie diese Lücke zumindest in Ansätzen geschlossen werden. Untersucht werden soll, welche finanzielle Verletzlichkeit die Bevölkerung der Eurozone aufweist und welche Personengruppen besonders von einer Verschuldung betroffen sind. Unterschieden wird hierbei zwischen Hauskrediten und sonstigen Krediten, wobei unterstellt wird, dass es sich bei letzterem um Konsumkredite handelt. Analog zur doppelten Dualisierung der sozialen Ungleichheit bei Einkommen und dem Arbeitsmarkt wird erwartet, dass Verschuldungsquote in den südeuropäischen Staaten höher als in den nordeuropäischen Staaten ist und dass Hauskredite eher von abgesicherten Personengruppen zur Mehrung des eigenen Vermögens und Konsumkredite von prekär beschäftigten Personen zur Sicherung des Alltags genutzt werden.

Risiken und Relationen zwischen finanzwirtschaftlichen und staatlichen Feldern

Markus Lange

Markus Lange: markus.lange@fu-berlin.de

Anhand einer qualitativen Studie im sogenannten „Finanz-Staats-Nexus“ werden wechselseitige Bezugnahmen, Abhängigkeiten und Konstruktionen zwischen finanzwirtschaftlichen und staatlichen Akteuren fokussiert. Die „Post“-Krisenbewältigungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass diese Akteure zunehmend von Relationen zwischen ihnen herausgefordert werden. In dem Beitrag wird über einen feldtheoretischen Ansatz argumentiert, solche Relationen als Trieren sowohl von aufrechtzuerhaltenden Eigenlogiken und Sinnstiftungen in den Feldern als auch von gegenseitigen Beobachtungen, Deutungen und gemeinsamen bzw. verschränkten Praxisvollzügen zwischen den Feldern zu verstehen. Hierzu wird in dem Projekt „Risikopraktiken im Finanzsektor und in der Politik“ (FU Berlin, Universität Hamburg, MLU Halle/Wittenberg) gegenwärtig untersucht, wie finanzwirtschaftliche und staatliche Akteure Risiken konstruieren und mit ihnen umgehen. Einem relationalen Risikoverständnis folgend wird daher auch herausgestellt, wie sich diese Akteure gegenseitig als Risikoobjekte konstruieren. Vornehmlich untersucht werden politisch-parlamentarische Akteure (Deutscher Bundestag, Landespolitik), Finanzverwaltungen (Finanzministerien, Treasury-Abteilungen, Emittenten), Aufsichtsorganisationen sowie Banken und Versicherungen. Die Frage nach der „Verschmelzung“ bzw. „Entdifferenzierung“ von Finanzsektor und Staat wird in dem Beitrag daher als Frage nach Risiko durch Relationen zwischen diesen gesellschaftlichen Feldern adressiert. Über die empirischen Einblicke kann dies etwa über diskursive Zuschreibungen und Grenzziehungen, dem Herausstellen von Wissensbeständen und Sinnstiftungen, Vergleichen von Praxisvollzügen oder Bezugnahmen auf gegenwärtige Herausforderungen wie der Niedrigzinspolitik, regulatorischen Offensiven oder politischen Umwälzungen gezeigt werden. Vielversprechend ist jedoch insbesondere, mit dem „systemischen Risiko“ und dem „politischen Risiko“ zwei Risikotypen näher zu beleuchten, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass jeweils andere Feld als „Ganzes“ zu adressieren.

Über den Kern der Idee des finanzierten Sozialstaats – und woran sie scheitert

Jürgen Schraten

Jürgen Schraten, juergen.schraten@sowi.uni-giessen.de

Seit Beginn der 1990er Jahre gärt diese fantastische Idee, die von einem ihrer Hauptprotagonisten, dem Nobelpreisträger Robert Shiller, eine dem Sozialismus ebenbürtige utopische Kraft beigegeben wird: Die kapitalistischen Gesellschaften könnten den zentralen Mechanismus der Finanzmärkte – Risikominimierung durch Streuung – dafür nutzen, nicht nur Finanzwerte und Investitionen, sondern das gesamte soziale Leben der Gesellschaft buchstäblich zu versichern.

Die Grundidee klingt verlockend. Finanzmärkte nutzen unter der Generalannahme, dass sich die überwiegende Anzahl der rational motivierten Investitionen unter normal bleibenden Umständen als tragfähig erweisen, den Vorteil der Verteilung von Restrisiken auf eine große Zahl von Akteuren, mit dem Ergebnis, dass letztlich alle sich die großen Gewinne und die kleinen Verluste miteinander teilen könnten. Von gelegentlichen durch „moral hazard“ hervorgerufenen Krisen einmal abgesehen, funktioniert das System mittlerweile seit Jahrzehnten sehr zuverlässig.

Der Vortrag analysiert den ökonomischen Kern dieser Utopie einer demokratisierten Finanzierung, die den hergebrachten Wohlfahrtsstaat ersetzen könnte. Er legt dessen logische Schwachstellen offen, und konfrontiert ihn mit der ökonomischen Fehlannahme, die marktwirtschaftliche Wettbewerbsmärkte fälschlicherweise zum universalen Idealtypus allen ökonomischen Handelns erhebt.

Stattdessen ergeben empirische Analysen, dass die sogenannte „soziale“ Marktwirtschaft ihre ökonomische Dynamik letztlich aus der Kombination von sozialer Ungleichheit mit einer generalisierten Wachstumserwartung bezieht.

Neben dem logischen Einwand, der die von Shiller vorausgesetzten Wahrscheinlichkeiten mit ebenso wahrscheinlichen Alternativen konfrontiert, muss hinsichtlich der Idee einer Ersetzung des Wohlfahrtsstaates durch ein finanziertes allgemeines Versicherungssystem die empirische wirtschaftssoziologische Analyse von Kreditmärkten angeführt werden.

Die Idee einer sozialverträglichen Total-Finanzialisierung der Gesellschaft scheitert letztlich an dem Missverständnis, bei der ökonomischen Absicherung sozialer Nachteile handele es sich um die Aushandlung eines gerechten Preises auf einem transparenten Wettbewerbsmarkt. Tatsächlich basiert sie auf der ökonomischen Institutionalisierung sozialer Ungleichheit. Der Vortrag widerspricht somit der Annahme einer Entdifferenzierung von Sozial- und Finanzsystem.